

Antrag

der Fraktion der SPD

Aktuelle Finanzlage der Rentenversicherung

Der Bundestag wolle beschließen:

Angesichts der aktuellen Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung wird die Bundesregierung aufgefordert,

1. kurzfristig eine aktualisierte Fassung des Rentenversicherungsberichts 1995 vorzulegen und dabei das Jahresergebnis 1995 der Rentenversicherungsträger und für die mittelfristige Rechnung die revidierten ökonomischen Annahmen des Jahreswirtschaftsberichts 1996 zugrunde zu legen,
2. zusammen mit dem revidierten Rentenversicherungsbericht über die Höhe und die Entwicklung folgender Positionen bis zum Jahre 2009 zu berichten:
 - Ausgaben der Rentenversicherung für die Auffüllbeträge in den neuen Bundesländern,
 - Ausgaben der Rentenversicherung für Leistungen nach dem Fremdrentengesetz,
 - Ausgaben der Rentenversicherung für Ausgaben der Rentenversicherung für Leistungen nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz,
 - Ausgaben der Rentenversicherung für die Altersrenten mit dem 60. Lebensjahr im Anschluß an das Altersübergangsgeld in den alten und den neuen Bundesländern,
 - Auswirkungen der beabsichtigten Änderung der Rentenanpassungsformel Ost,
 - Auswirkungen der beabsichtigten Abschaffung der Altersrente 60 für Arbeitslose,
 - Entwicklung der Standardrente und der durchschnittlichen Rentenhöhe in den neuen im Vergleich zu den alten Bundesländern,
3. angesichts der anhaltenden Diskussion über die Auswirkungen der Frühverrentung den für 1997 vorgesehenen Bericht über die Auswirkungen der Erhöhung der Altersgrenzen auf die Arbeitsmarktlage, die Finanzlage der Rentenversicherung und andere öffentliche Haushalte vorzuziehen und kurzfristig vorzulegen,

4. dem Deutschen Bundestag unverzüglich den Versorgungsbericht nach Artikel 17 des Beamtenversorgungs-Änderungsgesetzes von 1989 zuzuleiten, dessen Vorlage zu Beginn der 13. Wahlperiode die Bundesregierung bislang gesetzwidrig versäumt hat.

Bonn, den 30. Januar 1996

Rudolf Scharping und Fraktion